

Nebräer Anzeiger

Wirtschaftlicher Generalfstab?

Wenn der Nationalrat, wie Mussolini, vielleicht nicht ohne Anflug von Vöhsheit, kürzlich einem der führenden deutschen Journalisten gegenüber geäußert, auch ganz gewiß kein Exportartikel ist, so können wir doch ohne Zweifel hier und dort von ihm lernen. Viel zu wenig ist bei uns beachtet worden, daß in Italien vor kurzem der Nationalrat der Korporationen eröffnet worden ist. Dieser Nationalrat, dem 150 Männer nach ständischer Gliederung aus allen Schichten angehören und dem sich die Führer der italienischen Wirtschaft mit Selbstverständlichkeit zur Verfügung gestellt haben, ist als wirtschaftlicher Generalfstab für die italienische Politik gedacht und soll für friedliche Zusammenarbeit aller Wirtschaftsfaktoren Gewähr leisten. Wäre nicht auch für Deutschland ein dergleicher wirtschaftlicher Generalfstab überaus wünschenswert? Aller Wahrscheinlichkeit nach würden sich überragende Möglichkeiten ergeben, wenn die Regierung einen „runden Tisch“ im englischen Sinne aus den Unternehmern, den Gewerkschaften und der Landwirtschaft — es dürften nicht mehr als etwa 30 Personen von wirklichen Führerqualitäten sein — zusammenrief. Natürlich würden sich nicht Delegierte von Organisationen sein, sondern freie Persönlichkeiten, auf die Treuehaftes, von Mussolini zitiertes Wort paßt, daß Männer die Geschichte machen. Dieser Generalfstab hätte die Regierung bei der Führung der Wirtschaftspolitik zu beraten und zu unterstützen, damit endlich mit unserer zwiespältigen Wirtschaftspolitik, mit dem Kampf der Krenter gegeneinander aufgeräumt und eine einheitliche Politik ermöglicht wird. Von dem fimmerlichen Reichswirtschaftsrat, der — nach 10 Jahren! — immer noch „vorläufig“ ist, braucht wohl in diesem Zusammenhang nicht gesprochen zu werden.

Zwiespältige Wirtschaftspolitik — Kampf der Krenter: in diesen beiden Schlagworten kann man wohl, ohne ungerecht zu sein, die gegenwärtige Art bezeichnen, in der die Geschichte geführt werden. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, daß eben jetzt, nachdem die Reichsregierung es versucht hat, bei den neuen Steuern die produktive Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade zu schonen, die preussische Regierung mit dem Wane heranzutritt, die landliche Grundbesitzersteuer zur Deduktion eines Teils von 111 Millionen zu vergrößern? Dabei ist schon seit Jahren die Rede davon, daß eine Senkung der Realsteuern bei Vändern wie Gemeinden ganz unumgänglich ist. War es Vöhsheit gegen die bürgerliche Reichsregierung, wenn Preußen mit einem Projekt herausrückte, das die auf Wiederanrufung der Wirtschaft gerichtete Reichspolitik auf das schlimmste durchkreuzte? Gewiß war das Reichsbesitz größer als das preussische, und die Fehler Hilferdings, die die letzten Steuererhöhungen notwendig gemacht haben, stehen noch in allgemeiner Erinnerung. Aber immerhin waren es im Reich die Schwierigkeiten größten Ausmaßes, während Preußen weder ein Kriegsalter, haushaltlich noch drückende soziale Lasten wie das Reich

zu tragen hat. Wenn es sich zu einem so direkt gegen das Reich gerichteten Projekt entschloß, so müssen dem Reich mangelnder Sparwillie und Rancune gegenüber der Reichspolitik zugrunde gelegen haben. Ein dergleichen Gegenarbeiten der einzelnen Stellen und Krenter muß aufhören. Gleichviel ob man mehr dem Unitarismus oder dem Föderalismus zuneigt, so viel steht fest, daß der Reichsregierung, und nur ihr allein, das Recht und die Pflicht zusteht, die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches nach eigenen Grundzügen zu führen, und daß sie Durchkreuzungsversuchen, mögen sie von der preussischen Regierung, von anderen Ländern oder von Kommunen ausgehen, mit aller Energie entgegenzutreten muß. Dazu gehört allerdings, daß sie in sich selbst einig ist und daß sich nicht innerlich der Regierung selbst der Kampf der Krenter verhängnisvoll auswirkt.

Nachfolgend haben die Kritiker des wirren Durcheinanders, das unsere Wirtschaftspolitik bisher beherrscht hat, vorgeschlagen, die Zahl der Ministerien zu verkleinern, beispielsweise im Reich das Arbeits- mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ernährungsministerium zusammenzulegen oder in Preußen das Wirtschaftsmittelministerium mit dem Reichswirtschaftsrat in der Förderung einer solchen Maßnahme wäre in der Tat insofern ein Fortschritt zu erblicken, als jede Behördenvermehrung — abgesehen von der damit verbundenen direkten Ersparnis — gleichzeitig eine Verminderung der Leistungsmöglichkeiten bedeuten würde und eine größere Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik gewährleisten könnte — unter der Voraussetzung, daß nicht nur eine Krenterzusammenlegung, sondern in wirtschaftlicher Aufgabebau und eine Verminderung der sogenannten Referate vorgenommen würde. Natürlich ist eine grundlegende Verringerung in der Wirtschaftspolitik von solchen Maßnahmen noch nicht zu erwarten; es kommt eben immer nur darauf an, daß ein einheitlicher Wille zur Führung der Wirtschaftspolitik bei der höchsten entscheidenden Stelle, beim Reichskanzler, und beim Reichsfinanzminister, dem Ober der Finanzverwaltung, besteht, während alle anderen Ministerien auf eine mehr beratende Funktion herabgedrückt werden. Ein einheitlicher Regierungschef mit einem Generalfstab zur Seite als Leiter der Wirtschaftspolitik; das ist es, was wir brauchen.

Wo alles liegt . . .

Poincarés Sorgen um die Saar.

Paris, 15. Juli.

Selbstverständlich muß auch der große Volksträger, Herr Raymond Poincaré, in den Chorus seiner einstimmen, die vor einem Nachgeben Frankreichs warnen zu müssen glauben. Er veröffentlicht einen Artikel, in dem er zunächst meint, die deutsche Antwort auf die Briand'sche Paneuropäer-Denkchrift werde mit der italienischen Antwort nur allein in der Forderung auf Verringerung der bestehenden Verträge übereinstimmen.

Mit den Ausschreitungen gegen die rheinische Bevölkerung, die sich während der Besatzungszeit abspielte, korrespondiert gegenüber den französischen Behörden gezeigt habe“, be-

zwecke man Raube für die Vergangenheit und eine Warnung für die Zukunft, die sich insbesondere gegen die saarländische Bevölkerung richtet.

Die Saarverhandlungen seien infolge unannehmbarer deutscher Angebote vorläufig abgebrochen worden. Briand habe bereits feierlich Erklärungen darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich keinerlei Interesse an einer Währungsänderung des Saargebietes habe und daher einwilligen sei, in der Stellung eines Verleibers zu bestehen. Die französischen Unterhändler hätten außerdem die deutsche Abordnung bei Verhandlungsbeginn darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich wohl sämtliche Wirtschaftsverträge gemeinsam mit Deutschland studieren, sich jedoch nicht darauf einlassen könne, irgendwelche Veränderungen in der durch die Verträge geschaffenen politischen Lage eintreten zu lassen.

Poincaré ist der Ansicht, daß eine Verringerung der Verträge eine unerschütterliche Vergewaltigung der Saarbevölkerung bedeuten würde. Poincaré behauptet weiter, Wilson und Lloyd George hätten sich bei den Verfallenen Friedensverhandlungen nicht um die Wünsche der „Saarbevölkerung“ gekümmert, die zum großen Teil für immer habe an Frankreich (17) angegliedert werden wollen. Wenn dies dem Völscherdumgehe, die Meinungsfreiheit bei der Wahlung im Saargebiet 1935 zu sichern, so sei es sehr wahrscheinlich, daß eine Reihe von Gemeinden entweder ihre Stimme für Frankreich abgeben oder sich zumindest für die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes aussprechen. (Poincaré dürfte sich sehr täuschen! D. Red.)

Deshalb habe Deutschland Frankreich immer zu bewegen versucht, gegen das Wertpreden einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf die Volksabstimmung zu verzichten. Nichtsdestoweniger habe man bei den letzten Verhandlungen die Zeit verstreift, die Saarbevölkerung schon langsam auf die Rückkehr zu Deutschland vorzubereiten und das Wahlungsergebnis zu beeinflussen. Poincaré fordert schließlich die Franzosen auf, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest zu bleiben, da jedes Abweichen ungewissere katastrophale Folgen haben würde.

Kommt es zu einer Annäherung?

Die französisch-italienischen Verhandlungen.

Paris, 15. Juli.

Der italienische Botschafter in Paris hat Briand als Antwort auf dessen Rede am 11. Juli mitgeteilt, daß die italienische Regierung mit Genugtuung den französisch-italienischen Verhandlungen über die Zolltarife im Dezember entgegenkommen habe und sich ebenfalls bereit erkläre, während des besetzten Zeitraumes keine neuen Zolltarife aufzulegen.

An der Pariser Presse wird die deutsch-französischen Verhandlungen mit großer Genugtuung verzeichnet, da man in ihrer ersten Schritt zur Beilegung der bestehenden Schwierigkeiten sieht.

Der „Petit Parisien“

Schreibt, diese sechs Monate mühten sich als genügend sein, um sämtliche politischen Meinungsverschiedenheiten, die noch zwischen den beiden Vändern bestehen, beizulegen, eine Aufgabe, die um so eher erfolgreich durchgeführt werden könnte, wenn man den Kampf in der Presse endlich einstelle, der die gegenseitigen Beziehungen vergifte.

Das „Journal“

weist darauf hin, die Londoner Rippe bestche weiter, man habe sie vorläufig nur mehr neutralisiert.

GERTRUD MAC LEOD

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEBSTER WERDAU SA.

(13. Fortsetzung.)

„Das sagen Sie am neunten Tage Ihrer Ehe?“

„Am neunten oder neunzigsten — das ist gleichgültig. Das Bedauerliche ist, daß ich es überhaupt sagen muß und doch es ist, wie ich es sagte.“

„Und was soll werden, Lieb?“

„Wissen Sie es, ich weiß es nicht.“

„Wissen Sie es, Mac — fahren Sie zurück nach Amerika oder reisen Sie sonst wohin — nur gehen Sie der Fürstin aus dem Wege.“

„Da sprach Mac aus: „Sollt mir nicht ein! — Wozu auch? Es gibt überall Weiber, sogar in Eurem moralverleuchten Amerika. Einmal erträgst sie es doch, einmal wird es ihr dämmern, einmal erwacht sie zum Leben. Ihre Seele schläft. Sie ist noch ein Kind — Wier Gattich — hüte mein Weib.“

„Er wandte sich zum Gehen. „Entschuldigend Sie mich, ich muß zu den Damen“ — und schritt hinaus.“

Pieter blieb in seinem Sessel sitzen. Er wurde klein, ganz klein, froh in sich zusammen, hörte nichts, sah nichts und dachte nur das eine: „Hüte mein Weib! — Der Vorhang rollt auf! — Die Tragödie beginnt!“

Nach fünf Minuten Zerküßens war er mit sich im Reinen, ging in den Saal zurück und war sehr aufgebracht. Mac tanzte gerade mit der Fürstin, als er am Tische Platz nahm. Den letzten Tanz, wie Traute versicherte, da die Malafow m. d. sei.

Und bei diesem letzten Tanze machte Mac der Fürstin Mitteilung von dem gehaltenen Gespräch. „Das ist peinlich, in“ — sie — und nach einer Pause: „Sag werde ihm zu begen müssen.“

„Wem?“

„Dem vollkommenen Kavalier.“

„Was willst du tun?“

„Sich einen anderen Kavalier vor die Nase setzen, mein Geben, der ihm die Aussicht benimmt. Laß mich handeln, Mac. In drei Tagen ist er da und alle Gefahr vorüber.“

So — und nun sag mir was Liebes, Mac, und jorge dich nicht.“

Mac entsprach beiden, weil beides seiner Veranlassung entsprach.

4.

Nach in derselben Nacht vernahm die Fürstin zwei dringende Telegramme nach Petersburg.

Das eine an ihren Neffen, den Leutnant Alexei Marow, das andere an dessen vorgelegte Dienststelle gerichtet. Diele bot sie um gültige schnelle Beurlaubung Marow's, als ihren einzigen Verbundenen mit der Begründung, daß sie schwer erkrankt sei, und jenem machte sie von der Last des Verkaufsgelübes Mitteilung, ihn selbstverständlich dringend bittend unverzüglich zu erscheinen.

Die Fürstin Malafow unterließ die regsten Begehungen zum Hofe, war die Witwe eines russischen Generals und allen maßgebenden Persönlichkeiten der Residenz bekannt. Daß ihre Mutter Jose gewesen war, war von feinerer Bedeutung. Sie brauchte also keine Minute über das Gelingen ihres Besuches im Zweifel zu sein, und war es auch nicht.

Ebenfalls in der gleichen Nacht noch schrieb sie folgenden Brief:

Liebster!

Wir waren heute abend reichlich leichtsinziger, als ich erst annahm und haben der Waise Volk ein Schauspiel geboten, das wir selber entre nous aufgeführt hätten. Da es jedoch war, bereue ich es nicht und da es bleiben soll wie es ist — oder besser noch schöner werden soll, wie es war — muß ich dir folgenden Vorschlag machen, den ich ausgeführt zu sehen wünsche. Siehe aus! Wie die dir irgendwo in diesem Reß eine Villa. Dort wohne mit deiner Frau. Nur ich hängt sie dir nicht mehr am Hals und nur so ist es möglich, uns zu sehen und wenn du willst, oft und sehr oft — allein zu sehen. Nur lo entgegen wir den Willen oder doret, die uns unlegen sind

Ich binde Deine Frau an ihr Heim — Du kannst es ja doch nicht. — Nicht mit Gewalt, mit Akont-fetten! Die eine ist mein Reffe Leutnant Marow, den ich bisher betend habe, die andere ist Dein Freund Gattich. Es wird sehr amüsan sein, die beiden im Banne Deiner Frau zu wissen und Deine

Frau unter beider Schutz. Deine Gattin wird nie allein sein und nie wird nur einer bei ihr sein. Du weißt ja, wie Krollen sind

„Sch Lüge die brennenden Male Deiner Hand auf meinem Arm und träume von Dir. Tatia.“

Ielen Brief hatte sie ihrem Kammerfräulein übergeben. Das mußte Befehd.

Nach der dem Frühstück war er in Leeds händen und niemand hatte es gesehen.

Mac Leod tat beim Kaffee sehr nachdenklich, auch die Größe, die ihm und Traute wurden, schien er heute als störend zu empfinden. Lieberhaupt — alles war unbehaglich und wenig erfreulich.

Pieter, der mit ihnen am gleichen Tische saß, lächelte und Mac, der es sah, fuhr ihn halb scherzend, halb im Ernste an: „Sich vor!“ das heißt zu bedarf: Sieh wo anders hin.“

„Herr Hauptmann haben einen Moralischen“ sagte Pieter. „Das villet nach gewissen Wächern vorzukommen.“

„Erlauben Sie mal, lieber Gattich, ist ein Frühstückstisch in einem Hotel vielleicht der Schlußlichter Traum?“

„Bestimmt nicht, aber — — —“

„Man hat nichts Besseres, meinen Sie?“

„Ja.“

„Man könnte aber Besseres haben, wenn man wollte — sehr leicht, Pieter.“

Pieter, der seinen Freund kannte, wurde ruhig. Er vermutete hinter dieser Bemerkung irgendwas, das mit dem gestrigen Abend und der Fürstin im Zusammenhang stand, konnte sich aber nicht klar werden über die Ursache der Wandlung Leeds.

Da lagte Traute: „Wie meinst du das, Mac?“

„Einfach genug, mein Lieber — man mietet sich ein mährleres Santhaus oder dergleichen. Sie stehen ja zu hunderten leer.“

Ganz uninteressiert, wie betäubt nur, hatte er das gesagt und doch plötzlich blühte etwas auf in Trautes Seele. Diele Irregelmäßigkeit sie keine Band Verschäm und mit vor verbaltener Erregung gütender Stimme handelte sie: „Wenn du das tun willst, Mac — o, wie könnte das schön sein.“

Könnte — dachte Pieter und brach ein Bröchen entgegen. (Fortsetzung folgt.)

Neubauer-Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM
Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Will, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kainmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostsparkasse Neuba — Bankverein Aachen.

Nr 84

Donnerstag, den 17. Juli 1930

43. Jahrgang

Hindenburg sagt ab.

Er nimmt an den preussischen Rheinlandfeiern nicht teil.
Berlin, 15. Juli.

Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt, weil das Verbot des Stahlhelms für Rheinland und Westfalen bisher nicht aufgehoben wurde. Er hat seine Abgabe in folgendem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, im Rheinland und in Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unbedenklich und dem Sinne des Gesetzes widersprechend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben ist und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne.

Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbots, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen vermindert hat, wiederholt in Aussicht gestellt, doch wiederholte Erklärungen hierüber sind bisher nicht erfolgt.

Ihre Einladung hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Reichspräsidenten übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus denen die Bedingung und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preussische Staatsministerium meinen von der Reichsregierung unterstellten Wunsch nicht zu entsprechen geneigt sind. Damit schließt sich dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinland-Befreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation orientierten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mit zu betreiben, während bei anderen Verbänden bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl auftreten.

Diese ungleiche Behandlung ist für mich unerträglich.

Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Gleichberechtigung nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist.

Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen.

Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung: gez. von Hindenburg.“

Die Reise des Reichspräsidenten nach der Reichs sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, dem 20. Juli, abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Der Einbruch im Reichstag.

Der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten Braun mit der Abgabe des Rheinlandbefehles wegen der Nichtaufhebung des Stahlhelmsverbotens hat im Reichstag wie eine Bombe gewirkt.

Die bevorstehenden Ereignisse im Reichstage selbst sind gemeinhin völlig in den Hintergrund gedrängt.

Den meisten Abgeordneten ist der Brief gänzlich übersehen gekommen. In der deutschen Reichstagsfraktion wurde der Wortlaut des Briefes unter lebhaftem Beifall verlesen. Von maßgebender sozialdemokratischer Seite wird der Brief als ein konstitutionell schimmiger Akt bezeichnet.

Man ist dort der Meinung, daß es sich um einen demütigenden Vorstoß handelt, um die preussische Regierungskoalition in Schwierigkeiten zu bringen. Auf Seiten des Zentrums hält man sich in der Beurteilung der Wirkung des Briefes noch zurück. Im Reichstag ist man auch den Führer des preussischen Zentrums, den Abgeordneten Seif, „Das preussische Staatsministerium hat sofort nach Veröffentlichung des Hindenburgbefehles eine Sitzung einberufen.“

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 16. Juli.

Wie der Ämliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun am unter dem 15. Juli an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Antwortschreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erkennen daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nimmere

von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten e. B., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher als dadurch ein Willehlig in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde.

Um Ihrem Wunsch, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihn von der Bundesregierung des Stahlhelms verbindliche Zusicherungen für eine fünfjährige, den betreffenden Gelegenheiten zum wiederholenden Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Wiederherstellungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigter Zweifel geäußert werden mußten, die nur durch besondere Infancen der verantwortlichen Bundesbehörden beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Zulassung des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderläufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gelegentlich zulässigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einmündigen und reichhaltigen Entstehungsmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwiefern Ihnen, Herr Reichspräsident, dieses Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil die Grundlage gebildet hat.

Ich wäre noch wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gleichmäßigkeit seines fünfjährigen Bestehens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm gegebene Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzgebung entspricht abgibt und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räume.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihnen bei der Teilnahme an den Befreiungsfeiern haben, noch zu beheben, und daß es der Befreiung des preussischen Gebietes vorzuziehen sein wird, doch noch Sie, sehr verehrt, Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener

gez. Braun.“

Die Entscheidung im Reichstag.

Des Kanzlers Erklärung.

Berlin, 16. Juli.

Wieder ein entscheidungsschwerer Tag im Reichstag: Autos über Autos vor dem Portal, gedrängtes Hin und Her in allen Sitzungssälen und auf den Wandelgängen. Es war aber nicht nur ein sogenannter großer Tag. Die ungeheurer schwerwiegende Entscheidung, vor der der Reichstag diesmal stand, vererbte in der Seele seine lähmende Spannung, ihre allgemeine Berührung und Auslösung, die sich in allen Mienen ausdrückte und die am Dienstag noch durch die wie eine Bombe wirkende Abgabe Hindenburgs verstärkt wurden. Was wird werden? Diese Frage stand auf allen Gesichtern zu lesen. Auch die „Zweihundertgrüner“ ließen sich keinen Augenblick von der Verlockung lauten auf, weil selbsthin distanziert, wieder vermarken, um einem anderen Platz zu machen. Wie drohendes, schmerzhaftes Gemütsgefühl teilte der Art. 48 über dem Haupte. Die Entscheidung war ja eigentlich schon gefallen, als das „Rein“ der Konstitutionellen leitend. Nur darüber, welches der Inhalt des so sorgfältig geheimgehaltenen Kabinettsbeschlusses war, fielen in den Wandelgängen die verschiedensten Kombinationen im Spiel, wie man bereit, daß eine Reichstagsauflösung vom Kanzler beschick nicht ausgeschlossen werden würde, weil die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung noch nicht vorlag.

Schließlich nach die entscheidungsvolle Stunde, mo man erkennen leit Zeichen der Meinungsvertailung bei „präzisiertem Reichstag“ über seinen Kopf hinweg der Art. 48 in Kraft gesetzt werden soll und der vermutlich binnen wenigen Tagen eine noch entscheidungsvollere folgen wird: die der Auflösung des Reichstages.

Der Sitzungsbericht.

Präsident 9 30 eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages wird mit der Beratung der Deckungsanträge verbunden.

Zur Beratung stehen zunächst die Anträge wegen des Neudruckes Grubenunglücks. Der Ausschuss schlägt vor, dem Oberbergamt Breslau einen Beitrag bis zu einer Million Mark zu überweisen mit der Aufgabe, daß auch bei vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzunfällen des

niedererleidenen Bergbaues aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden können. Ferner wird die Reichsregierung ersucht, mit größter Beschleunigung die Ursachen des Unglücks festzustellen und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern. Die Ausschussanträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Weingeletes. Nach kurzer Ausprache wird das Weingeleg im wesentlichen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Bestimmungen über den Spürröhrwein folgen nicht, weil der Ausschuss beschloß, hat 1940, sondern bereits am 1. September 1935 in Kraft treten. In der Schlussabstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Das Haus geht dann zur zweiten Beratung der Deckungsanträge über. Die Regierungsparteien haben die ursprünglichen Regierungsvorlagen und die Bürgervereine als Änderungsanträge eingebracht. Ferner sind verbunden mit der Beratung ein kommunikativer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung und der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages.

Reichstagsrat Dr. Brüning

leitet die Beratungen ein. Er stellt fest, daß es angeht die gelimpften Lage und der wochenlangen Verhandlungen nicht notwendig sei, viele Ausführungen zu machen. Das Volk verlange die Entscheidung und keine weiteren Reden. Auf dem Lande heißt ein Gefühl der Unklarheit, das auf eine Neubildung der Reichsregierung hemmend wirkt. Wir stehen vor einer Preisrevolution internationaler Art, die nicht nur die deutsche Regierung zwingen wird, bei den E-schwandlungen sich außerordentlichem Gemütsaufregung zu stellen. Eine große Zahl von Produkten hat bereits das Notwendigsten unterbrochen. (Zurufe links: Bei uns sind sie teuer geworden!) Es behält sich immer mehr, daß wir es nicht mit einer konjunkturellen Depression vorübergehender Art zu tun haben, sondern mit einer völligen Strukturänderung der gesamten Weltwirtschaft. Wenn eine Reichsregierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, alle notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, dann hätte sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volk schmählich verlegt. (Zustimmung in der Mitte.)

Deshalb müssen wir den Mut haben, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zumuten. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, besteht kein Grund in schmerzhaften pessimismus zu verfallen.

Die Voraussetzung für die Durchführung aller Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen, ist aber, daß vorher das Gefühl des Reichstages gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Das Ziel der Regierungspolitik ist eine Politik auf lange Sicht nach einweislichem Plan durchzuführen und geschäftig zu verantern.

Diesen Ziel dienen auch die für den Herbst beschloßenen Maßnahmen. Alle diese Arbeiten werden erfolgreich, wenn das Parlament jetzt die Verantwortung aufbringen würde, seine Pflicht zu erfüllen. Die Reichsregierung ist Verantwortung trag



Abg. Keil (Soz.)

weist darauf hin, daß große Kreise des Volkes dem Kabinettsrat von Tage keiner Entlassung an hartes Mißtrauen entgegengebracht hätten. Auch die Anhänger des Kabinetts seien durch seine Taten schwer enttäuscht worden. Die Regierung befände sich heute in einer Gasse, aus der es keinen Ausweg gibt; zurück! Wir fordern größere Entschlossenheit in

Universitäts- und Landesbibliothek